



STAATSKANZLEI

Mainz, 31.08.2021

www.rlp.de

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Andrea Bähler
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Dietmar Brück
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

Hartmut Höppner
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-4697
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

**Regierungserklärung von
Ministerpräsidentin Malu Dreyer**

am 31. August 2021

**anlässlich der
Sondersitzung des Landtages Rheinland-Pfalz
zur Hochwasserkatastrophe**

**Redemanuskript
Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist: Redebeginn**



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 31.08.2021

Der Landtag von Rheinland-Pfalz kommt heute auf Bitten der Landesregierung zu einer Sondersitzung zusammen anlässlich der schrecklichen Flutkatastrophe, die sich vom 14. Juli auf den 15. Juli 2021 in unserem Bundesland ereignet hat.

Ich danke Ihnen, verehrte Herren und Damen Abgeordnete, dass Sie mir heute die Abgabe einer Regierungserklärung ermöglichen. Es ist mir ein Anliegen, dem Hohen Haus den aktuellen Sachstand darzustellen und Ihnen auch darzulegen, wie wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort und den Kommunen die nächsten Schritte des Wieder- und Neuaufbaus gehen werden. Denn ich weiß mich mit Ihnen einig, wir alle wollen den Menschen in den Katastrophengebieten eine gute Zukunft ermöglichen.

Ich möchte zunächst den Blick zurückwerfen. Denn eine Hochwasser-Katastrophe solchen Ausmaßes hat Deutschland bisher noch nicht erlebt. Noch nie gingen solche Regenmengen in so kurzer Zeit nieder, wurden solch extreme Pegelstände verzeichnet. Von den Fluten waren neben Rheinland-Pfalz auch Nordrhein-Westfalen, Bayern und Sachsen betroffen. Unsere europäischen Nachbarn in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden hat das Hochwasser ebenfalls schwer getroffen.

Die Flutkatastrophe hat Rheinland-Pfalz bis ins Mark getroffen. 134 Menschen verloren durch die reißenden Wassermassen ihr Leben. 766 Menschen wurden verletzt, noch heute vermissen wir drei Personen. Insgesamt sind rund 65.000 Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälzerinnen von der Naturkatastrophe betroffen. In den Landkreisen Ahrweiler, Bernkastel-Wittlich, Mayen-Koblenz, Trier-Saarburg und der Vulkaneifel, im Eifelkreis Bitburg-Prüm sowie im Trierer Stadtteil Ehrang hat das Hochwasser eine tiefe Spur der Zerstörung hinterlassen. Auch im Landkreis Cochem-Zell gab es Schäden.

Das Leid derer, die einen geliebten Menschen verloren haben oder denen die Flut alles genommen hat, was sie sich aufgebaut haben, können Worte nicht ermessen. Wir alle trauern mit den Hinterbliebenen. Wir wünschen den Verletzten gute Besserung. Und wir stehen tatkräftig denen zur Seite, die ihre Existenz verloren und tiefe Wunden an ihrer Seele erlitten haben. Sie sollen wissen, sie sind in ihrem Leid nicht allein.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 31.08.2021

Am morgigen 1. September gedenkt Rheinland-Pfalz im Rahmen eines Staatsaktes der Opfer der Flutkatastrophe. Auch der Bundespräsident wird anwesend sein und zu uns sprechen. Ich als Ministerpräsidentin möchte gemeinsam mit meiner Landesregierung deutlich zeigen, dass wir, dass das ganze Land, mit ihnen trauern und mit ihnen leiden.

Und an dieser Stelle ist mir auch wichtig zu sagen: Wenn die Menschen aus dem Ahrtal sich einen Ort der Erinnerung und des Gedenkens wünschen, werden wir das als Landesregierung unterstützen.

Das menschliche Leid ist riesig und die materiellen Zerstörungen immens. Von 75 Brücken sind alleine im Ahrtal 62 Brücken beschädigt oder zerstört worden. 40 Schulen, 55 Tageseinrichtungen für Kinder und fünf Krankenhäuser müssen wieder in Stand gesetzt werden, bis zu 3000 Unternehmen sind von der Flutkatastrophe unmittelbar betroffen. Von 65 Weinbaubetrieben im Haupterwerb an der Ahr sind nur drei verschont geblieben, Rebflächen in einer Größenordnung von 32 Fußballfeldern sind völlig zerstört. Mehrere hundert Hektar Grünland und Ackerfläche sind für die diesjährige Ernte verloren.

Viele Menschen suchen nach Erklärungen für die Katastrophe: Wie aus kleinen Flüssen in so kurzer Zeit todbringende und zerstörende Ströme werden konnten, die Häuser, Brücken, Straßen mit sich rissen und ganze Dörfer bis zur Dachspitze fluteten. Alle Fragen der Menschen sind berechtigt. Die Betroffenen erwarten zu Recht Antworten. Als Regierung werden wir die Geschehnisse genau analysieren und deren Aufarbeitung unterstützen.

Für den Verantwortungsbereich der Landesregierung sage ich: Die ADD hat auf Grundlage der bis Mittwochvormittag, 14. Juli, ergangenen Meldungen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) und des Landesamtes für Umwelt (LfU) entschieden, vorsorglich ihre Koordinierungsstelle zu aktivieren. Die Koordinierungsstelle der ADD unterstützt bei Bedarf die für den Katastrophenschutz zuständigen Kommunen. Die ADD hat sämtliche Brand- und Katastrophenschutz-Inspektoren in den Kommunen darüber informiert, dass die Koordinierungsstelle aktiviert wurde und auf ihre jederzeitige Erreichbarkeit hingewiesen sowie ihre Unterstützung angeboten.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 31.08.2021

Ab dem 15. Juli ist das Krisenmanagement der Landesregierung mit dem Krisenstab der Landesregierung und seiner Koordinierungsgruppe aktiviert worden. Die Fachabteilungen im Innenministerium, unser polizeiliches Lagezentrum, die Polizeipräsidien, die Technische Einsatzleitung der ADD und die anderen Ministerien und Landesdienststellen stimmen sich auf diese Weise eng ab. Eine Kommunikation mit dem Bund war in der Akutphase durch einen Verbindungsbeamten des Gemeinsamen Lagezentrums des Bundes und der Länder, das beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) angesiedelt ist, in der Einsatzleitung gegeben. Der Opferbeauftragte des Landes ist in die Maßnahmen eingebunden und es werden Hilfeangebote koordiniert. Seit dem 17. Juli 2021 stellt die ADD die Gesamteinsatzleitung vom Standort der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Um Ihnen ein Bild der ersten Tage zu geben: Täglich wurden mehr als 5.000 Einsatzkräfte koordiniert. Bis zu 30 Hubschrauber waren zeitgleich im Einsatz. Damit wurden über 300 Menschen von Gebäuden gerettet. Zu Spitzenzeiten wurden an 30 Verpflegungspunkten 20.000 Mahlzeiten täglich ausgegeben. Dieselkraftstoff wurden an die betroffene Bevölkerung, Baufirmen und Landwirte, Helferinnen und Helfer sowie Einsatzkräfte kostenlos abgegeben. Bisher sind es rund 4 Millionen Liter. Es musste für den Gesundheits- und Hygieneschutz gesorgt werden, die Wiederherstellung der Kommunikationsinfrastruktur für die eingesetzten Kräfte musste gelingen. Die Betroffenen und die Einsatzkräfte brauchten psychosoziale Betreuung. Zudem mussten sehr schnell Notunterkünfte bereitgestellt werden. Dazu kamen viele Helfer und Helferinnen in das Katastrophengebiet, zum Teil mit schwerem Gerät. Sie mussten oftmals warten, um die Rettung Verletzter und die Bergung der Toten nicht zu gefährden.

Man muss sich vergegenwärtigen: Ganze Gemeinden waren von der Außenwelt abgeschnitten, Mobilfunkmasten waren zerstört, Kommunikation kaum möglich. In dieser unübersichtlichen Lage war das erste Ziel, Menschen zu retten und weitere Gefahren abzuwenden. Dies alles zu koordinieren war eine unfassbar schwierige Aufgabe, die von den jeweiligen Einsatzleitungen bewältigt wurde – im Landkreis Ahrweiler, aber auch in den anderen betroffenen Landkreisen und der Stadt Trier. Mein Dank richtet sich ausdrücklich auch an die technischen Einsatzleitungen im



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 31.08.2021

Eifelkreis Bitburg-Prüm, im Vulkaneifelkreis, im Kreis Trier-Saarburg, im Landkreis Bernkastel-Wittlich sowie an die Stadt Trier mit ihrer Berufsfeuerwehr.

Inmitten der ganzen Verwüstungen ist es überwältigend zu erleben, wie viele Menschen sofort vor Ort im Einsatz waren. Viele haben in den letzten Wochen ihre ganze Kraft, geeignetes Gerät und Know-how zur Verfügung gestellt, Millionen Euro gespendet.

Alleine auf dem Landesspendenkonto sind über 16,6 Millionen Euro von rund 90.000 Einzelspenden eingegangen. Handwerker helfen Handwerkern, Winzer helfen Winzern, Menschen helfen Menschen.

Allen unseren Freunden in der ganzen Welt, die ihre Hilfe selbstlos angeboten haben, sende ich meinen Dank. Und allen Hilfswerken, der Blaulichtfamilie, der Bundeswehr, den Betrieben, den Landwirten, den Lohnunternehmern und natürlich allen ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen spreche ich meinen großen Respekt aus und sage von ganzem Herzen: danke.

Die Landesregierung hat umgehend nach der Flutkatastrophe unbürokratische Soforthilfen gemeinsam mit dem Bund in dreistelliger Millionenhöhe an Privathaushalte, Betriebe und die Kommunen auf den Weg gebracht. Die Menschen standen vor dem Nichts, es ging darum, schnelle Hilfe zu gewährleisten. Für die Beantragung der Hilfen musste lediglich ein einseitiger Antrag ausgefüllt werden, in dem neben der Anschrift und Bankverbindung nur erklärt werden musste, dass ein Schaden von über 5.000 Euro entstanden ist. An den Info-Points, die auf Initiative der Einsatzleitung der ADD in sehr vielen Ortsgemeinden errichtet wurden, gab es außerdem Unterstützung beim Ausfüllen und damit direkte Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen vor Ort.

Für private Haushalte wurden Gelder in Höhe von insgesamt 44 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Auch für die Kommunen war das eine riesige Herausforderung. Für die Landkreise Ahrweiler, Mayen-Koblenz, Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Vulkaneifel, Trier-Saarburg und die Stadt Trier wurden Soforthilfen in Höhe von zunächst insgesamt 60 Mio. Euro bereitgestellt. Der Ministerrat hat am 13. August 2021 eine Erhöhung



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 31.08.2021

der Mittel für die Soforthilfen für die Gemeinden und Gemeindeverbände um weitere 40 Mio. Euro beschlossen.

Neben Privathaushalten und Kommunen haben wir auch die ansässigen Betriebe unterstützt. 2.353 Unternehmen haben Stand 27. August rund 11,765 Millionen Euro erhalten.

Wo stehen wir aktuell? Die akute Gefahrenlage besteht nicht mehr. Jetzt gilt es, den Übergang zu langfristigen Strukturen der Schadenbeseitigung, Reparatur und des Aufbaus zu schaffen. Wer in den ersten Tagen ins Ahrtal gekommen ist und die gewaltigen Zerstörungen gesehen hat, sieht, was seither geleistet wurde. Straßen wurden wieder passierbar gemacht, Brücken behelfsmäßig errichtet.

Letzte Woche waren noch 1.382 Einsatzkräfte von Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Technisches Hilfswerk, Polizei und Bundeswehr sowie Mitarbeiter von Landesforsten im Ahrtal im Einsatz. Klar ist jedoch, dass ein so massiver Personaleinsatz wie in den vergangenen Wochen nicht auf Dauer möglich ist. Nach und nach müssen wir es schaffen, die Hilfe der Blaulichtfamilie in dauerhafte Strukturen zu überführen, um die vielen Maßnahmen vor Ort zu bearbeiten: Den anhaltenden Aufbau der Infrastruktur, Maßnahmen zur Ölschadensbekämpfung oder die Wiederherstellung des Gewässerbettes der Ahr. Um die Treibstoffversorgung, die die Bundeswehr über Wochen übernommen hat, kümmert sich bereits ein Privatunternehmen. Die Bundeswehr wird morgen mit dem Abzug aus dem Gebiet beginnen, wobei sie natürlich dort, wo die Soldaten und Soldatinnen nach wie vor gebraucht werden, weiterhin im Einsatz bleiben.

Handwerkerinnen und Handwerker, Landwirte, Lohnunternehmer haben ohne zu zögern in der größten Not geholfen. Sie haben ihre Fahrzeuge und ihr Werkzeug eingesetzt. Das war ein großer Akt der Hilfsbereitschaft. Viele sind geblieben und natürlich muss dieser Einsatz dann auch entlohnt werden.

Aufgrund der dynamischen Lage in der Anfangsphase und daraus resultierender Verzögerungen haben wir als Landesregierung das Gespräch mit der Kreisverwaltung und den Lohnunternehmern gesucht. Daraufhin hat der Verwaltungsstab der ADD ein vereinfachtes Beauftragungsverfahren für



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 31.08.2021

Kleinunternehmer initiiert. Die Aufträge für notwendige Arbeiten können mit wenig Verwaltungsaufwand vergeben und aus den Soforthilfemitteln bei der Kreisverwaltung beglichen werden. Die Auftragsvergabe läuft inzwischen und die Kreisverwaltung begleicht die Rechnungen zeitnah. Mit Stand 26. August 2021 haben nach Mitteilung der Kreisverwaltung Lohn- und Kleinunternehmer und Landwirte insgesamt 371 Rechnungen mit einem Gesamtvolumen von 6.704.880,49 Euro vorgelegt, die aktuell zu ca. 80 Prozent bereits bezahlt sind.

Aktuell befassen wir uns ganz stark mit der bevorstehenden Heizperiode in den von der Flut betroffenen Gebieten.

Die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die Verwaltungen und örtlichen Krisenstäbe arbeiten daran, eine temporäre und dauerhafte Wärmeversorgung zu organisieren. Sie sind dabei in enger Kooperation mit Schornsteinfegern, Verbraucherzentrale, Energieberatern, Landeshochschulen und den örtlichen Energieversorgern und werden unterstützt von der Landesenergieagentur. In der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler arbeiten die Gas- und die Stromversorger an einer Wiederherstellung weiter Teile des Gasnetzes bzw. an Kompensationen auch durch die Stromversorgung.

Ziel der Kommunen und des Landes ist es, dass möglichst viele Menschen im Winter in ihren Häusern und Wohnungen bleiben können. Es wird dennoch nicht überall die zuvor vorhandene Wärmeversorgung wiederhergestellt werden können. Gemeinsam mit dem Landkreis arbeiten wir mit Hochdruck daran, temporäre Unterbringungen in Miet- und Ferienwohnungen zu Verfügung zu stellen. Dazu steht bereits das Fluthilfeportal des Landes sowie ein eigenes Portal des Kreises Ahrweiler zur Verfügung. Viele touristische Betriebe und Ferienwohnungsanbieter, die nicht mit zu den Geschädigten gehören, können darüber hinaus helfen und wollen gerne helfen. Diese Angebote werden wir mit Hilfe der Kammern, der Tourismusagenturen und der Dehoga zusammenführen.

Am Montag hat die Schule wieder begonnen - auch für die Schülerinnen und Schüler im Katastrophengebiet. Wir sind sehr froh darüber, weil die Kinder und jungen Menschen jetzt einen Ort brauchen, an dem sie Sicherheit und Gemeinschaft erleben und auf andere Gedanken kommen können. Schulaufsicht, Pädagogisches



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 31.08.2021

Landesinstitut und Bildungsministerium haben die Schulen unterstützt, sie mit zusätzlicher Schulpsychologie und Personal versorgt und mit ihnen gemeinsam flexible und schnelle Lösungen gefunden.

Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern, ganz viele Menschen haben nach diesem anstrengenden Jahr keine Sommerferien gemacht - sie haben wortwörtlich 6 Wochen Tag und Nacht gearbeitet, um das möglich zu machen. Dafür ganz herzlichen Dank!

Uns allen ist bewusst, der Wiederaufbau ist eine Herkulesaufgabe. Wir haben als Landesregierung eine tragfähige Struktur geschaffen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Unter der Leitung des Chefs der Staatskanzlei haben wir einen Staatssekretärs-Lenkungsausschuss eingerichtet. Im Innenministerium haben wir eine neue Wiederaufbauorganisation geschaffen. Diese besteht aus einer neu gegründeten Abteilung mit einschlägigen Fachleuten, unter anderem aus der Kommunalentwicklung, Wasserwirtschaft und den Bereichen Finanzen, Wirtschaft und Umwelt. Die Beauftragte für den Wiederaufbau ist Innenstaatssekretärin Nicole Steingaß. Es gibt einen engen Austausch mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Ahrtal, durch viele Termine vor Ort und regelmäßige Telefonschaltkonferenzen. Entscheidend ist jetzt die schnelle und unbürokratische Kommunikation zwischen den kommunal Verantwortlichen und der Abteilung Wiederaufbau. Deshalb gibt es einen Ansprechpartner der Landesregierung vor Ort. Zum Leiter des "Verbindungsbüros kommunaler Wiederaufbau" wurde der Ihnen allen bekannte ehemalige Landrat und Innen-Staatssekretär a.D. Günter Kern berufen. Er und sein Team sind unermüdlich vor Ort unterwegs, immer ansprechbar und ein Scharnier zwischen den Menschen vor Ort und der Landesebene.

Unsere Struktur für den Wiederaufbau ist für die langfristige Unterstützung der Kommunen angelegt. Mit dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 10. August, des Bundeskabinetts vom 18. August und der Befassung des Deutschen Bundestages am 25. August ist klar, dass insgesamt in den betroffenen Gebieten in Deutschland bis zu 30 Milliarden Euro für den Wiederaufbau zur Verfügung stehen. Nach der zweiten und dritten Lesung des Bundestages am 7. September wird in einer Sondersitzung des Bundesrates am 10. September final über das Aufbauhilfegesetz 2021 abgestimmt.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 31.08.2021

Die Summe von 30 Milliarden Euro, die der Bund und die Ländergemeinschaft bereitstellen, ist ein beeindruckender Akt der Solidarität. Unmittelbar nach der Flut waren Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Olaf Scholz bei uns im Krisengebiet. Sie haben gesehen, dass es sich um eine Katastrophe nationalen Ausmaßes handelt und Hilfe zugesagt. Wie groß die Schäden in Rheinland-Pfalz sind, sieht man daran, dass auch im Vergleich mit den anderen betroffenen Ländern die weitaus größten Schäden bei uns entstanden sind: auf mehr als 18 Milliarden Euro sind sie beziffert.

Mit der „Aufbauhilfe 2021“ geben Bund und Länder den Menschen die Sicherheit, dass sie langfristig unterstützt werden. Als Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz danke ich dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung für ihre Unterstützung und die gute Zusammenarbeit in den letzten Wochen. Und ich danke meinen Ministerpräsidentenkollegen und meiner Ministerpräsidenten-Kollegin. Es ist berührend, wie tatkräftig uns die anderen Länder und der Bund zur Seite stehen. Deutschland hält in dieser Situation zusammen.

Von den Aufbauhilfen profitieren Privathaushalte, Unternehmen und andere Einrichtungen wie Vereine, Stiftungen, anerkannte Religionsgemeinschaften sowie öffentliche Einrichtungen und Kommunen.

Im Bereich der Privathaushalte geht es um Ausgaben zur Beseitigung von Schäden an Wohngebäuden und am Hausrat. Die Förderquote wird im Rahmen der Aufbauhilfverordnung des Bundes festgelegt. Sie beträgt voraussichtlich 80 Prozent. Bei der Entschädigung von Hausrat werden wir voraussichtlich auf unbürokratische Pauschalen setzen.

Im Bereich der Unternehmen – auch der Land- und Forstwirtschaft – müssen sich die Förderungen am geltenden Beihilferecht orientieren. Danach würden die entstandenen Schäden, Reparaturkosten, sowie Einkommensausfälle für 6 Monate jedoch nicht die Kosten der Wiederherstellung erstattet. Die Landesregierung setzt sich bei der Bundesregierung daher dafür ein, dass sie das Gespräch mit Brüssel sucht, damit im Rahmen einer Einzelnotifizierung weitere Unterstützungsmöglichkeiten für die betroffenen Unternehmen eröffnet werden.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 31.08.2021

Bei der öffentlichen Infrastruktur geht es um die Wiederherstellung der städtebaulichen, verkehrlichen und sozialen Infrastruktur, also unter anderem um Gebäude, Straßen, der beiden Bahnstrecken entlang der Kyll und der Ahr, Schulen, Kitas. Grundlegend ist aber auch die Wiederherstellung wasser- und abfallwirtschaftlicher Einrichtungen wie Kläranlagen, Kanalisation, die öffentliche Trinkwasserversorgung, aber auch Maßnahmen im Bereich Hochwasserschutz, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir müssen den Wiederaufbau hochwasserkompatibel gestalten, das heißt, dass mit Blick auf zukünftige Hochwasserereignisse das Schadenspotential im Ahrtal bei öffentlicher Infrastruktur, Unternehmen und privaten Gebäuden möglichst verringert wird.

Und wir stehen vor der Herausforderung, den Wiederaufbau unter einem hohen Zeitdruck zu gestalten. Ich freue mich, dass es uns mit Blick auf den Gesetzentwurf zum Aufbauhilfegesetz des Bundes gelungen ist, Elemente zur Planungsbeschleunigung bei den Themen Bundesfernstraßen und Eisenbahninfrastruktur zu verankern. Darüber hinaus gibt es weitere Anliegen, die wir in enger Absprache mit den Bundestagsfraktionen im Bundesratsverfahren voranbringen wollen.

Darauf aufbauend werden wir im Ministerrat am 14. September ein Landesgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfefonds Rheinland-Pfalz 2021“ auf den Weg bringen. Für den 22. September ist beabsichtigt, das Gesetz in den Landtag einzubringen. Das ist die Grundlage für die weiteren Schritte zum Wiederaufbau hier im Land. Die Landesregierung und weitere Akteure bereiten alles dafür vor, dass ab Anfang Oktober das Antragsverfahren beginnen kann.

Wir befinden uns in dem Spannungsfeld zwischen dem Wunsch nach einem schnellen Wiederaufbau und dem Wunsch nach einem nachhaltigen Wiederaufbau. Niemand möchte sein Leben und sein Hab und Gut erneut in Gefahr bringen. Nach der Flutkatastrophe muss das bestehende Überschwemmungsgebiet neu festgelegt werden. Daran hängen sehr viele rechtliche Fragen. Der Schutz des Eigentums ist in Deutschland ein hohes Gut. In einer intensiven Kabinettsklausur haben wir ressortübergreifend beraten. Wir arbeiten sehr intensiv daran, die Einschätzungen der Hydrologen, der Raumplaner und der Juristen zusammenzubringen. Wir sind uns



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 31.08.2021

einig: Es wird keine Entscheidung ohne die Bürger und Bürgerinnen geben. Wir werden diesen Prozess ganz transparent mit den Kommunen, die das Baurecht haben und Baugebiete ausweisen und den Menschen vor Ort besprechen.

Wir sind dem Landkreis und dem ersten Beigeordneten Horst Gies dankbar für die Initiative zu einer ersten gemeinsamen Zukunftskonferenz am 7. September, in der mit den Bürgern und Bürgerinnen über die nächsten Schritte des Wiederaufbaus gesprochen werden soll. Eine weitere Konferenz soll Ende September folgen.

Zusammen mit Experten und Expertinnen werden mit den Menschen vor Ort Detailfragen zum Hochwasserschutz und vielen weiteren Aspekten erörtert. Daran wird sich ein Beratungsprozess anschließen. Die Menschen werden für ihre Entscheidungen Beratungs- und Unterstützungsangebote erhalten.

Die Landesregierung ist davon überzeugt, dass mit geeigneten Vorsorgemaßnahmen in baulicher Hinsicht – also wenn die Häuser hochwasserangepasst errichtet werden – die meisten Menschen ihre Häuser wieder an gleicher Stelle aufbauen können, sofern sie das möchten.

Klar ist aber auch, dass es Gebiete gibt, wo die Gefahren so groß sind, dass auch in Zukunft kein Wiederaufbau an gleicher Stelle erfolgen sollte. Hier müssen wir uns gemeinsam mit den Kommunen auf die Suche nach Ersatzflächen machen. Den Kommunen kommt dabei im Rahmen der Bauleitplanung die entscheidende Rolle zu. Das Land wird aber jede Unterstützung anbieten.

Nach dieser Katastrophe ist aber auch klar: Wir müssen über eine Pflichtversicherung gegen Elementarschäden nachdenken. Die dagegen vorgebrachten verfassungsrechtlichen Bedenken müssen ausgeräumt werden. Denn Extremwetterlagen und Großschadensereignisse werden weiter zunehmen. Alle gemeinsam müssen diese Risiken schultern, damit sie bewältigt werden können.

Wir müssen – und wir werden den Hochwasser- und den Katastrophenschutz weiterentwickeln. Von der Wissenschaft und den meisten hier im Haus ist aber auch unbestritten, dass der Klimawandel die Entstehung von Extremwetterereignissen begünstigt. Wir müssen noch viel mehr Anstrengungen unternehmen, um ihn zu begrenzen. Das geht nur gemeinsam. Der Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe,



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 31.08.2021

die keine Grenzen und keine Nationen kennt. Und sie duldet keinen Aufschub mehr. Wir in Rheinland-Pfalz haben uns ehrgeizige Ziele hin zur Klimaneutralität des Landes gesetzt, die wir in dieser Legislaturperiode weiter vorantreiben.

Zum Schluss möchte ich den Betroffenen dieser schrecklichen Flutkatastrophe versichern: Die Landesregierung wird alles dafür tun, dass sie sich eine moderne, lebenswerte und nachhaltige Heimat aufbauen können.

Sie können Mut schöpfen aus der überwältigenden Hilfsbereitschaft und Solidarität. Den Mut, zu bleiben und einen Neuanfang zu wagen. Ich bin sicher: Zusammen wird eine gute Zukunft gelingen.